

Baugenehmigung ist bereits erteilt

Heftige Diskussion im Gemeinderat mit Vertretern einer neuen „Bürgerinitiative Frickingen“

BALLMERTSHOFEN. Dass in der Bürgerfragestunde im Gemeinderat Beiträge aus den Zuhörerreihen kommen, ist eher selten der Fall. Bei der öffentlichen Sitzung des Dischinger Gremiums am Montagabend war dies anders. Anlass dafür: der geplante Mobilfunksendemast des Anbieters O2 südlich von Katzenstein.

Von Klaus Dammann

Vor zwei Wochen hatte der Gemeinderat einstimmig sein Einvernehmen zu dem Baugesuch von O2 erteilt. Vorausgegangen waren eine Beratung zu dem Thema im Gemeinderat am 20. November 2006 (wir berichteten ausführlich) und Gespräche mit dem Mobilfunkanbieter. Beschlossen worden war, O2 das gemeindeeigene Flurstück 119 als Standort für den Mast anzubieten. Auf diese Weise erhofft sich die Gemeinde Mitsprachemöglichkeiten bei der Nutzung des mit einer Höhe von 48,50 Meter geplanten Stahlgittermasts.

In der Sitzung am Montagabend im Schützenhaus Ballmertshofen meldete sich Silvio Munding als Sprecher einer neuen „Bürgerinitiative Frickingen“ zu Wort. Er verlas eine Erklärung und meinte, dass die Bürger von Höhe und Standort des Masts

überrascht waren. Man erhebe dagegen Bedenken. Die Bürgerinitiative fordere eine Verschiebung des Standorts. Munding begründete dies mit einer „Verunstaltung des Landschaftsbilds“ durch das Bauwerk, mit der Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft sowie der Belange des Naturschutzes, der Landschafts- und Denkmalpflege. Außerdem bestehe Verunsicherung über die mögliche gesundheitliche Gefährdung der Anwohner durch Mobilfunkstrahlung.

Der Sprecher schilderte, dass die Initiative binnen zwei Tagen über 120 Unterschriften gegen den Standort gesammelt habe, die in Bälde an Bürgermeister Alfons Jakl übergeben würden. Munding: „Wir möchten genauer informiert werden, welche Gefährdungen von diesem Mast ausgehen.“

Der Bürgermeister erklärte in seiner Antwort, dass entsprechende Diskussionen landauf, landab geführt würden. Die Gemeinde wähle den Standort nicht allein aus, sondern es gebe Untersuchungen von Fachleuten. Natur- und Landschaftsschutz seien einbezogen gewesen. Es habe verschiedene mögliche Standorte gegeben, doch seien andere als ungeeignet empfunden worden. Außerdem wolle die Gemeinde nicht viele Türme bekommen, sondern nur einen, auf den auch der Digitalfunk für die Feuerwehr aufge-

bracht werden könne.

Von diesen Strahlen gehe keine Gefährdung aus, so Jakl. Und bei vielen Notfällen sei das Handy das Instrument, das den Menschen weiterhilft. Mittlerweile gebe es in Deutschland mehr Handys als Festnetztelefone. Im Übrigen habe das Landratsamt die Baugenehmigung für O2 bereits erteilt, die Verträge seien unterschrieben und man könne da nichts mehr dagegen machen.

In der Folge wurden die Diskussionsbeiträge heftiger und lauter und die Wogen gingen hoch. Da wurden Vorwürfe laut, dass der Schultes an den Bürgern vorbei regiere und keine Rücksicht auf ihre Interessen nehme. Ein Großteil der Bevölkerung sei gegen den Standort. Ein Bürger meinte: „Wissen Sie, was mein Haus dann noch wert ist? 50 Prozent weniger.“

Ein Überdenken forderte auch eine weitere Bürgerin, die aber zugab, dass man versäumt habe, sich rechtzeitig in die Angelegenheit einzuschalten. Munding mahnte ein intensiveres Bemühen seitens der Gemeinde an und befürwortete eine Informationsveranstaltung. Er hielt auch ein Zurückziehen des gemeinderätlichen Einvernehmens für möglich.

Gemeinderat Manfred Zwick sagte, dass der Bürgermeister hier „aggressiv angegangen“ werde, doch alle Gemeinderäte hätten

dem Baugesuch an diesem Standort zugestimmt. Auch im ländlichen Raum brauche man moderne Technik.

Die Bürger erkundigten sich dann bei der Verwaltung, wie viele Unterschriften für einen Bürgerentscheid benötigt würden. Hauptamtsleiterin Martha Neufischer bezifferte dies auf 750 aus der Gesamtgemeinde Dischingen. Die Antragsfrist von zwei Wochen lief jedoch in der Nacht zu Dienstag ab.

Wenn die Genehmigung zurückgenommen werden könnte, werde der Mast zehn Meter weiter auf Privatgrund errichtet, meinte Gemeinderat Karl-Heinz Pappe. Dann habe man keinen Einfluss mehr. Die Betreiber hätten eine Verschiebung um ein paar 100 Meter nicht mitgemacht, ergänzte Gerhard Baum. Die Entfernung von der Burg Katzenstein bis zum Standort des Masts betrage 740 Meter Luftlinie.

Eine Baugenehmigung könne nur verweigert werden, wenn ihr öffentlich-rechtliche Interessen entgegenstehen, erläuterte Jakl. Ansonsten bestehe ein Rechtsanspruch.

Und Karl-Heinz Pappe beendete die Debatte an die Bürgerinitiative-Vertreter gerichtet: „Jetzt sind wir der Sündenbock, weil ihr alles verpennt habt. Ihr solltet euch beim Bürgermeister entschuldigen.“